

Kurzbericht

Arbeitsplanung 2006: Vorstellung und Einigung über Kernprojekte

ja - Nachdem auf unnachahmlich attac'sche Art am Vormittag vom Ratschlag im Konsens beschlossen wurde, einen Schwerpunkt für 2006 erst in der zweiten Jahreshälfte festzulegen, stand der Nachmittag ganz im Zeichen der Frage, welche Initiativen in der ersten Jahreshälfte finanziell unterstützt werden sollten. Dabei ging es ausdrücklich nicht darum, damit durch die Hintertür doch noch Schwerpunkte zu beschließen, sondern Aktivitäten, die bereits unabhängig von Ratschlagsbeschlüssen stattfinden oder stattfinden werden, finanziell zu unterstützen, um ihnen die (Weiter-)Arbeit überhaupt möglich zu machen. Gleichzeitig ist mit dieser Entscheidung auch die Aussicht verbunden, dass sich einer dieser Punkte bis zum nächsten Ratschlag als Schwerpunkt herausbilden könnte, aber nicht zwangsläufig muss.

Sechs Arbeitszusammenhänge stellten sich vor, über deren Unterstützung nicht alternativ, sondern „en bloc“ entschieden werden sollte: Die Lidl-Kampagne, die Steuer-AG mit ihrem Arbeitsschwerpunkt Internationale Steuern, die WTO-AG, Genug für Alle, eine EU-Konferenz soll unterstützt werden, sowie die Projektgruppe zur Vorbereitung der Proteste rund um den G8-Gipfel. Die Unterstützung aller Projekte wurde im Konsens beschlossen.

Diskussionen gab es vor allem, weil neben den sechs vorgestellten Initiativen, die im Vorfeld Unterstützung beantragt hatten, auch – vermeintlich spontan – finanzielle Unterstützung für Aktivitäten zum Themenbereich Arbeitslosigkeit / Arbeitszeitverkürzung gefordert wurde. Dabei brach der bereits 2005 schwelende Konflikt auf zwischen, wie es aus dem Plenum formuliert wurde, „denen, die Arbeit abschaffen, und denen, die Arbeit verkürzen wollen“. Zwischen Pro und Contra ging es hoch her; vor allem kritisiert wurde, dass beide Fraktionen sich nicht gemeinsam dem Thema „Arbeit“ widmen, sondern die „Arbeitszeitverkürzer“ lediglich ihren Ansatz der Auseinandersetzung mit dem Thema gefördert sehen wollten. Andererseits erhielt der Antrag auch Unterstützung, v.a. mit dem Argument, dass die Themen Arbeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung im aktuellen politischen Geschehen so eine zentrale Rolle spielt, dass es auch – und gerade – für Attac unabdingbar ist, sich diesen Themen zu widmen. Mehrere Stimmen aus dem Plenum zeigten sich verständnislos darüber, dass in dieser Frage ein so starker Dissens besteht, da in anderen politischen Zusammenhängen diese beiden Positionen keinen unüberbrückbaren Gegensatz darstellen. Nach einem kurzen Verfahrenshack – möchte das Plenum noch debattieren oder nicht – wurde zumindest noch deutlich, dass es nicht die Initiatoren rund um die Initiative zum Thema Arbeitszeitverkürzung versäumt haben, ihr Thema rechtzeitig zur Unterstützung vorzuschlagen, sondern dass es sich offenbar um eine Art kommunikatives Missverständnis handelte. Vorgeschlagen wurde für das weitere Vorgehen, dass sich sowohl die Menschen dieser Initiative sowie die Menschen von „Genug für alle“, die das Grundeinkommen befürworten, zusammensetzen und eine Struktur schaffen, in der sie dieses Thema gemeinsam bearbeiten. Es wurde dazu eine Konsensgruppe gebildet.